

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/48

11. März 1974

Jetzt an die Arbeit gehen!

Der Kanzler hat ein Recht auf Solidarität

Von Holger Börner MdB
Bundeschäftsführer der SPD

Seite 1 und 2 / 42 Zeilen

Das Feld nicht den Ewiggestrigen überlassen!

Die Schriftsteller Böll, Grass und Troll vor der
SPD-Fraktion

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Seite 3 / 35 Zeilen

Catch-as-catch-can auf der Autobahn?

Bittere Überlegungen zur Bundesrats-Mehrheits-
entscheidung

Seite 4 / 39 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandts sechs Thesen

Seite 5 bis 7 / 84 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Jetzt an die Arbeit gehen!

Der Kanzler hat ein Recht auf Solidarität

Von Holger Börner MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

In diesen Tagen ist es Pflicht aller Sozialdemokraten, gefährliche Tendenzen für Partei und Regierung nicht nur zu erkennen, sondern auch zu überwinden. Es ist daher undienlich, weiter durcheinanderzureden.

Der SPD-Vorsitzende und Bundeskanzler hat in seinen sechs Thesen den großen Umfang der Aufgaben deutlich gemacht, die die SPD insgesamt anzupacken und zu erfüllen hat, um ihren Verpflichtungen als führende Regierungspartei im Bund und in Ländern auch künftig gerecht zu werden. Dann werden ihre unbestreitbaren Leistungen von der Bevölkerung positiv anerkannt werden. Diese Brandt-Thesen lauten: Den Kurs halten und das Programm durchsetzen; Antworten auf neue Fragen geben; geschlossen auftreten und Rückenstärkung für unsere Anhänger; offensive Gegenwehr; neue Wege der Informationspolitik gehen; für den Bürger zählt die gemeinsame Arbeit der Koalition. An der Wichtigkeit dieser Bemühungen besteht nach den vorliegenden Erfahrungen kein Zweifel.

Die Frage einer möglichen Regierungsumbildung, die jetzt Schlagzeilen formt, hat der Kanzler schon vor anderthalb Jahren selbst in die öffentliche Diskussion eingebracht. Sie wird aber, und das hat

Willy Brandt für jedermann hörbar klargestellt, erst nach der Bundespräsidentenwahl aktuell. Ebenso deutlich hat der Kanzler darauf hingewiesen, daß es seine verfassungsmäßige Aufgabe ist, solche Personaländerungen dem Bundespräsidenten vorzuschlagen. Es ist also nicht hilfreich, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, daß solche Probleme auf offenem Markt vordiskutiert werden sollen. Das ist schließlich nicht nur für die Partei, sondern auch für das Ansehen der Regierung.

Wenn jeder Sozialdemokrat zu jeder Zeit mit der Solidarität des Kanzlers rechnen kann, dann ist es umso mehr sein Recht, diese Solidarität auch für sich in Anspruch zu nehmen. Solidarität heißt in diesen Tagen und Wochen zusammenstehen. Das hat die SPD groß gemacht und an die Staatsführung gebracht. Dieses Zusammenstehen ist gerade dann in seiner Zuverlässigkeit zu beweisen, wenn der Wind einmal ins Gesicht bläst. Solidarität heißt auch, daß jeder an seine Arbeit geht und sie mit womöglich noch größerem persönlichen Einsatz erledigt.

Der SPD-Vorstand hat am 8. März die Auffassungen des Bundeskanzlers und SPD-Vorsitzenden einmütig bestätigt. Das ist ein kraftvoller Anstoß für die weitere Arbeit der gesamten Partei.

(-/11.3.1974/bgy/ee)

+ + +

Das Feld nicht den Ewiggestrigen überlassen!

Die Schriftsteller Böll, Grass und Troll vor der SPD-Fraktion

Von Dr. Olaf Schwancke MdB

Am Dienstagabend werden die Schriftsteller Heinrich Böll, Günter Grass und Thaddäus Troll vor der SPD-Fraktion sprechen. Sie werden kritische Fragen an die Regierungs- und Fraktions-Mitglieder stellen und damit den durch die Sozialdemokratische Wählerinitiative lose institutionalisierten Dialog der Wähler mit den Gewählten fortsetzen. Die bekannten Schriftsteller, alle drei keine SPD-Mitglieder, verstehen sich in dieser Veranstaltung als "Dolmetscher" der auch durch ihr politisches Engagement zuletzt 1972 stark verbreiterten sozialdemokratischen Wählerbasis.

Die Fraktionsgäste Grass, Böll und Troll haben sich schwerpunktmäßig auf die Diskussion einiger Aspekte und Fragen zur Außen- und Innenpolitik, vor allem zu den gesellschaftspolitischen Reformen und auch zur innerparteilichen Situation der SPD vorbereitet. So wird das Diskussions-Spektrum von der Ostpolitik bis hin zur Mitbestimmung und von der EG-Situation bis zum abgeblockten Tempolimit reichen. Die SPD-Fraktion begrüßt diese, von draussen nicht selten diffamierte "Einmischung" von Literaten in die Tagespolitik. Sie ist eine Konsequenz der offenen Politik des demokratischen Sozialismus, die es in solcher Veranstaltungsform bislang nirgends sonst in der Welt, auch nicht bei anderen sozialdemokratischen Fraktionen, gibt.

"Die Literatur ist uns eine kritische Begleiterin geworden, die wir nicht entbehren wollen", hat Bundeskanzler Brandt für uns alle in seiner Regierungserklärung vom Januar 1973 formuliert. So hat es seit langem regelmäßig Gespräche und Diskussionen einiger Fraktionsmitglieder - vor allem des Bundeskanzlers - mit Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen gegeben: der Dialog ist auch im letzten Jahr nicht abgerissen, auch wenn die Kritik nicht immer sachlich begründet und inhaltlich hilfreich gewesen ist.

Dieses zweite Gespräch der SPD-Fraktion mit Schriftstellern, das wir bereits im Sommer vergangenen Jahres während des kulturpolitischen Europarat-Symposions in Florenz verabredeten, findet nun wenige Tage nach dem Hamburger Wahl-Debakel der Sozialdemokraten statt: es wird beiderseits wiederum offensiv, kreativ und konstruktiv geführt und hilfreich sein; die Gesprächspartner verbindet die Einsicht, daß einer zur politischen Alternative in ihrer ewig gestrigen Polemik und demonstrativen Obstruktion total unfähigen Opposition samt deren publizistischen Helfershelfern das Wählerfeld nicht überlassen bleiben darf.

(-/11.3.1974/bgy/pr)

Catch-as-catch-can auf der Autobahn ?

Bittere Überlegungen zur Bundesrats-Mehrheitsentscheidung

Der Einsatz der Ein-Stimmen-Mehrheit der CDU/CSU im Bundesrat gegen die von der Bundesregierung vorgelegte Verordnung für eine Begrenzung der Höchstgeschwindigkeiten auf den bundesdeutschen Autobahnen und Schnellstraßen auf 130 Stundenkilometer ist ein Lehrstück dafür, wie mitunter parteieigensüchtige Taktik und ungehemmter Opportunismus gegenüber einflussreichen Interessengruppen über das Gemeinwohl gestellt werden. Die Argumente für eine sinnvolle Beschränkung des Tempos und gegen den Wahnsinn, die Zustände auf den Autobahnen vom motorisierten Catch-as-catch-can bestimmen zu lassen, sind so eindeutig und auch genügend publiziert worden, daß sie hier nicht wiederholt zu werden brauchen.

Um so eklatanter ist die Frivolität, mit der sich die Union über sie hinwegsetzt und dem Bundesrat ein weiteres Mal in den Diensten der Untermi- nierung der Regierungspolitik zu stellen trachtet. Sie bewahrt bestimmten Gruppen in der Autoindustrie die bequeme Position, ihre Kunden mit der Verheißung angeblichen "sportlichen Fahrens" statt mit der Garantie für Sicherheit und Solidität zu finden. Scheinheilig empfiehlt sie die völlig unverbindlichen und nach aller Erfahrung ganz unwirkeamen "Richtgeschwindigkeiten", um im Endeffekt der Bundesregierung den "schwarzen Peter" zuzuschieben.

Die Prognose sei gewagt, daß über kurz oder lang in der Bundesrepublik wie in ganz Europa ein Tempolimit bestehen wird; bloß wird so mancher Verkehrsteilnehmer die von den publizistischen Unionshelfern als erkämpfter Triumph gefeierte "freie Fahrt" bis dahin nicht überleben. Um 23 vH. ist z.B. die Zahl der Verkehrstoten auf den amerikanischen Überlandstraßen im Januar gesunken. Die US-Behörden beziffern den Anteil der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 55 Meilen (88 Kilometer!) daran auf 60 vH.

Aber die CDU/CSU, die offensichtlich der Ansicht ist, daß nur in der Bundesrepublik Autos gebaut und verkauft werden, kann es sich leisten, jedweden Zusammenhang von Verkehrssicherheit und Höchstgeschwindigkeit für abwegig zu erklären. Dabei wird sie nicht nur ihrer Tradition als Partei der Mächtigen gerecht, sondern sonnt sich auch in dem Erfolg, der Regierung eine ausgewischt zu haben. Fürwahr, hehre Motive! Neben der Union können sich alle jene, die die pluralistische parlamentarische Demokratie sowieso für einen faulen Zauber halten, ins Fäustchen lachen.

(pr/11.3.1974/ks/pr)

+ + +

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt sechs Thesen

SPD-Vorsitzender und Bundeskanzler Willy Brandt hat am 8. März 1974 vor dem SPD-Parteivorstand sechs Thesen für die weitere Arbeit der SPD verkündet.

1/ Den Kurs halten und das Programm durchsetzen.

Die Opposition will, daß wir unsere Grundlinie verlassen. Dies kommt nicht in Betracht. Wir können und werden uns der vom Wähler übertragenen Verantwortung nicht entziehen. Wir nehmen diese Verantwortung wahr, wir werden dabei allerdings niemanden darüber in Unklarheit lassen, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wegen der schwer oder überhaupt nicht beeinflussbaren internationalen Faktoren noch weiter andauern werden. Die Wahrheit ist allerdings: a/ Trotz aller Schwierigkeiten bei Preisen und peripheren Gefahren für Arbeitsplätze sind wir das erfolgreichste Land der westlichen Welt; und b/ die Bundesrepublik ist auch eines der sozial und politisch stabilsten Länder.

Die Bürger in unserem Land müssen vor dem Spiel mit dem Feuer gewarnt werden. Die objektiven Schwierigkeiten in der Welt - z.B. die Ölkrise - sind am allerwenigsten mit politischer Instabilität zu lösen. Die Reformen behalten ihren eigenen Wert, aber sie ersetzen nicht die Wirtschaftspolitik. Wir werden die Reformen weiterführen, ergänzen und konkretisieren.

Dazu gilt: a/ Die breiten Schichten müssen wissen, daß sie sich auf uns verlassen können; und b/ die Partei muß auch wieder stärker die Brücke zu jenen Selbständigen und "Managern" schlagen, die an gesichertem Fortschritt in unserem Lande interessiert sind.

2/ Antworten auf neue Fragen geben.

Dazu einige Beispiele: a/ Die Auswirkungen der Veränderungen auf den

Energie- und Rohstoffmärkten und im internationalen Währungs-system. Es wird klar werden, daß wir in Zukunft nicht unbegrenzt Öl kaufen können. b/ Wir müssen uns stärker mit der Sicherung attraktiver Arbeitsplätze und von Aufstiegchancen durch laufende Modernisierung unserer Volkswirtschaft befassen. Dies betrifft auch die Notwendigkeit ständiger struktureller Anpassungen, die wir ohne weltanschauliche Scheuklappen angehen müssen, um auch das Arbeitsplatzrisiko zu reduzieren. c/ Unser Ziel, bei den Preisen am Ende der internationalen Gelatzuges zu bleiben und gleichzeitig den Folgen der Preissteigerung zu begegnen. d/ Schlüssig werden über eine aktive, aber illusionslose Europapolitik.

3/ Geschlossenes Auftreten und Rückenstärkung für unsere Anhänger.

Es ist Problem und Aufgabe der SPD, dadurch attraktiv zu bleiben, daß in ihr lebhaft diskutiert werden kann, weil sie nicht autoritär geführt wird. Dieses demokratische Element dürfen und werden wir nicht aufgeben. Aber: Das 'Ausfransen' in der Partei ist eine Gefahr. Dazu gehören dumme Querschüsse und die Profilierung von Gruppen auf Kosten der Gesamtpartei.

Wir dürfen die politischen Gegner nicht bei uns mitmischen lassen. Wenn es hier und da etwas zu bereinigen gilt, dann aus eigener Initiative und nicht wegen Einflüsterungen von anderer Seite. Dies gilt auch für das in diesen Tagen so beliebte Thema der Regierungsumbildung.

Mitglieder und Sympathisanten müssen spüren, daß wir uns nicht umpusten lassen. Sie müssen mit Argumenten versorgt sein.

Zugleich muß das Verhältnis zu den Kollegen in den Gewerkschaften lebendiger gestaltet und von Opportunismus freigehalten werden.

4/ Offensive Gegenwehr.

Wir haben keinen Grund zur Defensive. Wir müssen vielmehr immer wieder sagen, wie es um die maßgebenden Kräfte der Opposition tatsächlich steht: a/ Sie hat keine Alternativen und statt eines Programms fast nur Propaganda zu bieten; b/ auf dem Gebiet der Innenpolitik handelt sie mit ihren ständi-

gen Ausgabenforderungen unerfüllt und unsolid; in der Außenpolitik fällt sie der Regierung des eigenen Landes in unverantwortlicher Weise in den Rücken; c/ sie ist nach wie vor abhängig vom großen Geld; d/ sie befindet sich weiter auf dem Weg nach rechts; und e/ sie benutzt den Bundesrat als parteipolitisches Verhinderungs-Instrument.

Gleichzeitig gilt es aber, im Interesse des demokratischen Konsens Möglichkeiten sachlichen Kontaktes zu aufgeschlossenen Unionskreisen wahrzunehmen. Das liegt im wohlverstandenen Wesen unseres Staates.

5/ Neue Wege der Informationspolitik gehen.

Ich stehe zu dem, was ich über Mängel der Selbsterstellung von Partei und Regierung gesagt habe. Und ich erkläre noch einmal ausdrücklich, daß ich mich selbst von dieser Kritik nicht ausschließe. Unsere Informationspolitik hat es allerdings schwer, weil ihr viele Wege der Kommunikation verschlossen sind. Wir werden trotzdem die vorhandenen Möglichkeiten - gerade auch gegenüber der kritischen Presse - geduldig nutzen. Mein spezieller Rat an unsere Freunde in den Aufsichtsgremien von Funk und Fernsehen ist, der zunehmenden anti-liberalen Funktionärsherrschaft in einigen Anstalten und ihren Programmen mit größerer Entschiedenheit entgegenzutreten.

6/ Für die Bürger zählt die gemeinsame Arbeit der Koalition.

Auch nach dem Hamburger Wahlausgang ist Nervosität unangebracht. Dieses Ergebnis könnte auch unserem Koalitionspartner einiges zum Nachdenken aufgeben und somit der Koalition zu einem gemeinsamen Vorteil gereichen. Ich bleibe bei der Auffassung, daß diese Koalition und ihr Programm auf mehr als ein paar Jahre angelegt sind. Wir dürfen unsere eigenen Leistungen in diesem Bündnis allerdings nicht verheimlichen. Ich halte eine Überprüfung der Kabinettsarbeit für notwendig, ohne darin eine Patentmedizin zu sehen. Die immer wieder erforderliche Überprüfung der Regierungsarbeit darf nicht von Schwächen ablenken, mit denen wir es auf anderen Ebenen unserer politischen Arbeit zu tun haben. (-/11.3.1974/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller